

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Einzelne werblich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckrechte: Die Abdruckrechte für Anzeigen sind im Preis des Anzeigers enthalten. — Einzelne werblich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Nr. 1000

Nr. 192

Mittwoch, den 17. August 1932

27. Jahrgang

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Schwierigkeiten der Finanzierung — Vor einer neuen Reichstagsauflösung? — Kombinationen um die Einberufung einer Nationalversammlung

Alles schon dagewesen

Geschichtliche Feststellungen

Von Walter Schroeder, Wiesbaden

Berlin, 15. Aug. Das Reichskabinett ist heute nachmittags 4.30 Uhr zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der in erster Linie die Situation behandelt wird, die sich aus dem Ergebnis der Verhandlungen vom Sonnabend für die Reichspolitik ergibt. Die Reichsregierung hat, wie bereits angekündigt wurde, die Absicht, nun mit aller Energie an die wirtschaftlichen Aufgaben heranzugehen, damit den Gefahren der Arbeitslosigkeit nach Kräften begegnet wird. Diese wirtschaftlichen Probleme spielen in die heutige Ministerbesprechung hinein. Man kann annehmen, daß schon heute in großen Zügen das Programm festgelegt wird, das in den nächsten 14 Tagen vollständig ausgearbeitet werden soll, damit die Reichsregierung mit ihm vor den Reichstag treten kann. — Was nach dem Reichstagszusammentritt werden wird, liegt heute im Dunkeln. Sicher ist nur, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dafür sorgen wird, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten wird. Dazu gehört auch die Sicherung des Rechtszustandes, wie er durch die geltenden Gesetze und Verordnungen gegeben ist. Bekanntlich sind bereits Anträge angekündigt, die auf eine Aufhebung der Rotverordnungen abzielen. In politischen Kreisen wird als sicher angenommen, daß die Bemühungen der Reichsregierung in den nächsten Wochen auch dieser wesentlichen Frage gelten werden. Ob die Entwicklung schließlich zur Auflösung des gegenwärtigen Reichstages und zur Einberufung einer Nationalversammlung führen wird, wie ein Berliner Abendblatt es andeutet, ist schwer zu sagen in einem Augenblick, in dem die Beratungen der Reichsregierung erst beginnen.

In diesem Zusammenhang wird behauptet, daß die Reichsregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch eine Forderung des Tarifwesens anstrebe. Diese Nachrichten beruhen offenbar auf Kombinationen, die auf Erörterungen des Reichsarbeitsministeriums zurückzuführen sind. Dabei hat es sich um die Feststellung gehandelt, inwiefern auf dem Verwaltungswege eine Ausföderung des Tarifvertragswesens zu ermöglichen ist. Es wird vorausgesetzt, daß nur zu Richtlinien kommen, wonach bei Abschluß der Tarifverträge in Zukunft in stärkerem Maße auf die örtlichen Wohngebiete und auf die einzelnen Branchen Rücksicht genommen werden soll. Man verweist dabei auf die Tatsache, daß die bisherigen Tarifverträge, wie z. B. der in der Textilindustrie, der sich auch auf die Leineweber und die Handschuhbranche erstreckte, viel zu umfassend gewesen sind. Ob man nun bei diesen Ausföderungsbemühungen an der vom Reichsverband der Deutschen Industrie aufgestellten Proporzion von 75 zu 25 festhalten wird, läßt sich noch nicht überblicken. Wie verlautet, will man die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages aufrechterhalten, dagegen auch in Zukunft bemüht bleiben, ohne Verbindlichkeits-erklärung auszukommen.

Daneben beschäftigt man sich im Reichsarbeitsministerium nun schon seit längerer Zeit mit der Frage der Verwaltungsreform bei den Sozialversicherungen, wobei das Kabinett zu den vorliegenden Stegerwaldschen Plänen Stellung nehmen dürfte. Die Reformarbeiten stehen kurz vor dem Abschluß, und es ist daher wohl damit zu rechnen, daß die entsprechenden Regelungen im Rahmen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung getroffen werden.

Ein besonderes Problem stellt nun in diesem Zusammenhang die Finanzfrage dar, mit der man sich vor den Reichstagswahlen bereits recht intensiv in den Kreisen der Reichsregierung beschäftigt, und wobei man nach Möglichkeiten sucht, um im Wege der freien Vereinbarung unter Vermeidung jeglichen Zwanges eine Herabsetzung des innerdeutschen Zinsfußes wie aber auch des Zinsfußes bei der Auslandsüberführung durchzuführen. Es erscheint aber nach wie vor fraglich, ob hier schon jetzt ein geeigneter Weg gefunden werden kann, zumal die Verhandlungen mit dem Ausland doch geraume Zeit beanspruchen werden.

Und schließlich wird man den Versuch machen, in diesem Rahmen auch die agrarpolitischen Maßnahmen zur Regelung zu bringen, was jedoch von dem Ausgang der Verhandlungen mit Holland und Dänemark über die Frage des Butterzolls und Butterkontingents abhängt.

Vapen hat alle Vollmachten

Wie zuverlässig verlautet, hat Hindenburg vor seiner Rückkehr nach Neudeck dem Reichskanzler Vapen alle Vollmachten „zur Durchführung seines Programms“ gegeben. Man kann annehmen, daß darin auch die Möglichkeit gegeben ist, den Reichstag aufzulösen und auf Grund eines veränderten Wahlrechts eine neue Nationalversammlung einzuberufen.

„Der Mann von Granit“

Englische Stimmen zur Haltung des Reichspräsidenten
London, 15. Aug. Die offizielle Darstellung der Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler, insbesondere Hitlers Ambitionen, der Mussolini Deutschland zu werden, wird von der Abendpresse in großer Aufmerksamkeit beachtet. Evening Standard bezeichnet den Präsidenten als den Mann von Granit, der durch sein Nein an Hitler sein Prestige ungeheuer vergrößert habe. Das Blatt betont, daß Hindenburgs Haltung streng verfassungsmäßig gewesen sei. Der Reichspräsident sei die einzige Institution in Deutschland, die sich einer verfassungsmäßigen Mehrheit erfreue. Der Präsident weiß, was er will. Hitler weiß es nicht. Heute lerne die große Masse der deutschen Bevölkerung den Unterschied schätzen.

Keine Verurteilung der SA.

München, 15. Aug. Zu der Meldung, daß Adolf Hitler die SA. auf acht Tage verurteilt habe, wird von der Pressestelle der NSDAP. erklärt, im Braumen Haus sei nichts davon bekannt.

Es ist heute eine weitverbreitete Auffassung, daß Aufstieg und Stärke der Nationalsozialistischen Partei ohne Gegenwart ist leider nur wenig oder gar nicht geneigt, aus der Vergangenheit zu lernen, obgleich die lebende Generation — wenn sie es täte — vor mancher bitteren Enttäuschung sich zu bewahren vermöchte. Dies soll uns nicht hindern, einen Blick zurückzuwerfen, denn die Kenntnis der Geschichte der deutschen Parteien und Parlamente gestattet uns, das Geschehen unserer Tage zur Vergangenheit in Beziehung zu setzen, einen gewissen Abstand zum Alltag und einen besseren Überblick über Wirkungsmöglichkeiten und Aussichten politischer Parteien zu gewinnen. Mit Recht ist schon in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß es keineswegs beispiellos ist, daß eine Partei über mehr als 37 Prozent aller Reichstagsmandate verfügt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erzielte die Sozialdemokratische Partei beinahe 38 Prozent aller Parlamentssitze und selbst wenn man die damals vorhandenen Unabhängigen mit berücksichtigen will, stieg der Anteil auf wenig mehr als 45 Prozent. In jenen Tagen war damals die Enttäuschung groß, glaubte man doch im Vollbesitz der Macht in Reich und Ländern, angeführt der unerhörten Günst der Stunde an ein Votum des Volkes, welches die alleinige Machtübernahme vom 9. November bestätigen sollte. Aber wie am 31. Juli sich deutlich die Grenzen der nationalsozialistischen Bewegung abzeichneten, so auch damals am 19. Januar 1919.

Es wäre falsch, wenn wir uns bei unserer Betrachtung nur auf die Zeit seit 1918 beschränken wollten. Es ist vielmehr sehr lehrreich, einen Blick auf die ersten Jahrzehnte der deutschen Parlamentsgeschichte zu werfen. Wesentlich für unsere Zwecke sind naturgemäß diejenigen Jahre, in denen das Volk besonders leidenschaftlich zu den politischen Fragen Stellung nahm. Wir denken zunächst an das Ende der fünfziger und den Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Mit der Übernahme der Regenschaft durch den Prinzen Wilhelm und den Beginn der sog. „Neuen Ära“ verbanden sich große Hoffnungen der Allgemeinheit. Die Schaffung eines Deutschen Reiches unter der Führung Preußens und die Erfüllung zahlreicher liberaler Forderungen brachten damals eine Zeit der Revolution von 1848 nicht gekannte Lebhaftigkeit in der Bevölkerung hervor. Hinzu traten die Wünsche auf Zurückdrängung der konservativen Elemente in der Verwaltung und die Befreiung der königlichen Rechte zugunsten der Volkswertretung. Und so wundert es uns nicht, aus Schriften jener Zeit von der Gründung einer Deutschen Fortschrittspartei zu hören, der sogleich in allen Teilen der preussischen Monarchie zahlreiche hochangesehene Persönlichkeiten beitraten. Ein für damalige Verhältnisse neue und umfassende Werbearbeit wurde ins Werk gesetzt und bei den am 6. Mai 1862 stattfindenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus errang die neue Partei nicht weniger als 30 Prozent der verfügbaren Sitze. Ihr Kampf gegen königliche Vorrechte für Parlamentsherrschafft, gegen konservative und für liberale Ausgestaltung des Staatswesens war in den weitesten Schichten der Bevölkerung bis in die Kreise des Hofes und des Adels populär. Als im September 1862 der als Reaktionär beschriebene Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, stiegen die Aussichten der neuen Partei. Nach monatelangen leidenschaftlichen, im ganzen völlig ergebnislosen Kämpfen führte Bismarck im Frühjahr 1863 die Auflösung des Parlaments herbei. Im neuen Hause finden wir nach harrlichem Wahlkampf 141 Fortschrittler unter insgesamt 352 Volkswertretern, also etwa 40 Prozent. Es war ein großer einflussvoller Sieg, aber da König und Ministerpräsident über die Beschlüsse des Parlaments zur Tagesordnung übergingen, waren alle Anstrengungen umsonst. Die Entsolge der Bismarckschen Politik bewirkten bei den Wahlen von 1866 die Vernichtung der überragenden Stellung der Fortschrittspartei im Parlament; gleichzeitig kehrte die konservative Partei, die bei den Wahlen von 1862 und 1863 fast vernichtet worden war, in achtunggebietender Stärke zurück. So können sich die Zeiten ändern.

Und noch ein zweites Beispiel ist für die heutige Generation von Bedeutung. Die Nachfolgerin der Fortschrittspartei wurde die unter Führung des Hannoversaners v. Bennigsen stehende Nationalliberale Partei. Sie stand in allen nationalen Fragen hinter Bismarck und ist als einer der wesentlichsten Faktoren in den Jahren vor und nach der Reichsgründung anzusehen. Große Scharen des Bürgertums in Stadt und Land strömten ihr zu, wieder

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Das Reichskabinett, das am Montag nachmittags zu einer Sitzung zusammentrat, um zunächst die allgemeine politische Lage zu besprechen, wird in den kommenden 14 Tagen das Arbeitsbeschaffungsprogramm fertigstellen, das in seinen Grundlinien bereits vor den Reichstagswahlen aufgestellt wurde. Damals erfuhren die Beratungen dadurch eine Unterbrechung, daß in der Finanzierungsfrage wie in der Finanzfrage verschiedene Schwierigkeiten auftauchten. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung soll bekanntlich im Wege der Wechselbilanzkontierung durch die Reichsbank erfolgen, wobei an einen Gesamtbetrag von 200 bis 250 Millionen RM gedacht wird. Damals hatte der Reichsbankpräsident dagegen Bedenken erhoben, weil er durch die weitere Herabsetzung von Wechselkurs eine Erschütterung der Währung befürchtete. Man wird nunmehr zu weiteren Verhandlungen mit Dr. Kuffer schreiten und es hat den Anschein, als würden die vom Reich in Aussicht gestellten Sicherungen einen Stimmungsumschwung bei der Reichsbank anbahnen. Die Arbeitsbeschaffung selbst soll im wesentlichen auf drei Wegen erfolgen. Einmal denkt man an eine gewisse Belebung des Baumarktes, wozu das Reichsarbeitsministerium noch die entsprechenden Unterlagen fertigstellt und wobei auch durch die Erhöhung der bereits zur Verfügung gestellten Mittel an eine Förderung der Hausreparaturen gedacht wird. Zweitens wird erwoogen, die Mittel für den Arbeitsdienst zu erhöhen, so daß es möglich sein könnte, im Laufe der Zeit doch noch mehr als 200 000 jugendliche Erwerbslose im Arbeitsdienst unterzubringen. Dagegen ist zunächst noch mit keiner Einführung der Arbeitsdienstpflicht zu rechnen, weil hierzu die notwendigen Mittel kaum auszubringen sind. Es heißt aber, daß man dieses Ziel nach wie vor im Auge behalte, um wenn irgend möglich im nächsten Frühjahr entsprechende Schritte zu unternehmen. Drittens soll im Wege der Arbeitsbeschaffung auch die Stehlung eine weitere Förderung erfahren, und man nimmt an, daß auch für diese Zwecke noch ein besonderer Betrag ausgesetzt wird. Daneben spielen die Fragen der Materialbeschaffung bei Reichsbahn und Reichspost eine besondere Rolle, doch wird gerade die Reichsbahn in ihren Mitteln beschränkt sein, da der Ginnamerückgang nach wie vor anhält. Dieses Wirtschaftsprogramm soll nun an sich bereits so weit fertiggestellt sein, daß nur noch die Ausarbeitung der Einzelheiten aussteht.